

Berlin, 9. November 2022

Thomas Mirow
Eröffnung
Jahrestagung der Deutschen Nationalstiftung 2022

Anrede, Begrüßung

Auf über dreißig alles in allem sehr erfolgreiche Jahre kann Deutschland im Herbst 2022 zurückblicken - friedlich wiedervereint und als Stützpfeiler einer stabilen Sicherheitsordnung respektiert, mit einer weithin anerkannten Führungsrolle in einem zusammenwachsenden Europa, getragen von einer beachtlich wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft, die es ermöglicht hat, zugleich den Aufbau Ost und den weiteren Ausbau des Sozialstaats zu finanzieren.

Doch spätestens seit dem 24. Februar ist von Zufriedenheit mit oder gar Stolz auf diese Epoche nicht mehr viel zu spüren. Im Gegenteil: der deutsche Weg der vergangenen Jahrzehnte wird heute vielfach hart kritisiert, von innen wie von außen, mit validen Argumenten, nicht selten allerdings auch spürbar überziehend.

Offensichtlich ist: es breiten sich Verunsicherung, Ängste und Zukunftssorgen aus – bei uns wie anderswo. Denn immer klarer wird: die Zwanziger Jahre haben es auch in diesem Jahrhundert in sich. Deutschland und Europa bekommen es mit einem ganzen Bündel existenzieller Herausforderungen und drängender Fragen zu tun. Wie sich behaupten in einer ungeordneten, multipolaren Welt mit einem autoritär geführten China, das globale Supermacht sein will und zugleich unser wichtigster Handelspartner ist? Wie reagieren auf ein imperiales Russland, das mit militärischer Gewalt die nach dem Ende des Kalten Kriegs entstandene europäische Friedensordnung und ihre anerkannten staatlichen Grenzen grundlegend in Frage stellt? Wie eine verlässliche atlantische Partnerschaft gestalten, wenn sich die Vereinigten Staaten außenpolitisch immer stärker Asien zuwenden, während sich im Innern die gesellschaftliche und politische Spaltung stetig weiter vertieft? Wie die drängende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu Klimaneutralität und Digitalisierung bewältigen, ohne gefährliche soziale Verwerfungen zu

riskieren? Wie mit den durch Kriege und Klimawandel sprunghaft anwachsenden globalen Migrations-Bewegungen umgehen?

Jede einzelne dieser Entwicklungen wäre herausfordernd genug, um den ohnehin schon brüchiger gewordenen „contrat social“ in unseren Gesellschaften auf eine harte Probe zu stellen. Jetzt aber greifen Krisen und Umbrüche auf vielfältige Weise ineinander und drohen, die Grundfeste europäischer Gesellschaftsmodelle zu erschüttern.

An entsprechenden Warnzeichen herrscht schon heute kein Mangel. In Frankreich wurde Präsident Macron im Mai mit deutlich kleinerem Stimmenvorsprung vor seiner rechtsextremistischen Herausforderin gewählt als vor fünf Jahren. In den anschließenden Legislativwahlen verlor er seine parlamentarische Mehrheit. In Italien wurde Mario Draghi, Garant für ein verlässliches, reformbereites Italien, von den populistischen Kräften seiner Koalition gestürzt. An seiner Stelle führt nun die Vorsitzende einer postfaschistischen Partei das Land. In Großbritannien folgt eine Regierungskrise auf die andere, prima facie ausgelöst durch die unseriöse Amtsführung von Boris Johnson, aber im Kern vor allem, weil sich Brexit, Corona und langjährige strukturelle Fehlentwicklungen im Vereinigten Königreich zu einer bedrohlichen wirtschaftlichen und sozialen Krise verknüpft haben. Und bei uns in Deutschland sind die traditionellen Volksparteien so geschwächt, dass sich vor einem Jahr erstmals drei, in vielen Grundüberzeugungen höchst unterschiedliche Parteien zusammenfinden mussten, um eine Bundesregierung zu bilden.

Russlands zerstörerischer, menschenverachtender Überfall auf die Ukraine – mit allen seinen direkten und indirekten schwerwiegenden Folgen für viele Teile der Welt – hat die epochalen Umbrüche unserer Zeit noch einmal dramatisch zugespitzt und dynamisiert. Wir stehen am Beginn einer neuen Zeit – und es ist kaum absehbar, wie Europa darauf reagiert: Werden die Zentrifugalkräfte noch weiter zunehmen? Droht nach dem Brexit eine lähmende Infragestellung der europäischen Einigung auch aus anderen Hauptstädten? Oder wird die wachsende Unordnung in der Welt zum Weckruf, der die Europäer veranlasst, enger zusammen zu stehen?

Unbestreitbar dürfte sein: die Europäische Union ist für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben nicht gut gerüstet. Schon im Mai 2021, gut anderthalb Jahrzehnte nach dem gescheiterten „Europäischen Konvent“, hat die EU deshalb unter dem Titel „Konferenz zur Zukunft Europas“ einen groß angelegten Bürgerdialog auf den Weg gebracht, der vor einigen Monaten mit der Formulierung von 49 „Forderungen“ abgeschlossen wurde. In ihrem

Mittelpunkt steht das Bemühen, bestehende Demokratiedefizite zu beheben und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken.

SPD, Grüne und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag vom November 2021 dazu bekannt, die Konferenz „in einen verfassungsgebenden Konvent münden“ zu lassen und diesen dann „zur Weiterentwicklung zu einem föderalen europäischen Bundesstaat (zu) führen.“

Schon wenige Monate später erscheint die deutsche Regierung in dieser Frage deutlich zurückhaltender. Kein Wunder. Deutschland dürfte mit einer solchen Sicht der Dinge weitgehend allein stehen. Die meisten EU-Mitgliedstaaten halten wenig von einer europäischen Föderation. War in den sechziger Jahren Charles de Gaulle der Vorkämpfer eines „Europa der Vaterländer“ und trat später das Vereinigte Königreich immer verlässlich auf die „Integrations-Bremse“, sind es heute vor allem - wenngleich bei weitem nicht ausschließlich - die mitteleuropäischen Staaten, die entschieden für eine Fokussierung auf Formen der intergouvernementalen Zusammenarbeit eintreten, für nationale Souveränität statt transnationaler Vergemeinschaftung (und – im Falle von Ungarn und Polen - zugleich für autokratische Führung statt liberaler Demokratie).

Und nicht nur außenpolitisch erscheint das Fundament für eine weitreichende EU-Reform wenig gefestigt. Die zur Vorstellung unserer aktuellen „Berichte zur Lage der Nation“ vom Forschungsinstitut „Civey“ ermittelte Stimmung weist auch für Deutschland bedauerlich klare Ergebnisse auf: nur noch weniger als 50% der Bevölkerung stehen der Europäischen Union eher positiv gegenüber (vor drei Jahren waren es noch über 70%) und dementsprechend weit über 30% eher negativ. „Vereinigte Staaten von Europa“ wünschen sich lediglich noch 35% der Deutschen, knapp 55% wollen dies nicht, in Ostdeutschland sogar weit über 60%. Und so ist es nur folgerichtig, dass annähernd zwei Drittel aller Befragten es ablehnen, dass Deutschland mehr Befugnisse an die Europäische Union abgibt.

Dies sollte allen klar vor Augen stehen. Denn in zentralen Themenfeldern, etwa in der Wirtschafts- und Währungspolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in Fragen der Zuwanderung geht es angesichts der gewaltigen gemeinsamen Herausforderungen im Kern immer wieder um die Frage einer größeren europäischen Handlungsfähigkeit. Die intensive Debatte um die Ausweitung der Bereiche, in denen in der EU mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden kann, zeigt: gerade vor dem bedrohlichen Hintergrund des Krieges in der Ukraine spitzt sich ein Konflikt erneut zu, der unseren Kontinent seit den

50er Jahren begleitet - das Pro und Contra eines schrittweise föderierten und integrierten Europas versus eines Europas der Zusammenarbeit weitgehend souveräner Nationen.

Auch in diesem Jahr haben wir wieder führende Köpfe unserer Zeit – unter ihnen Mitglieder des Senats der Deutschen Nationalstiftung – gebeten, mit ihrer jeweiligen Expertise diese Fragen aufzugreifen, die gegenwärtige Situation sorgfältig zu analysieren und realistische Perspektiven für ein gestärktes Europa zu formulieren.

In unserem heute vorgelegten Band geht die Politikwissenschaftlerin Prof. Daniela Schwarzer in ihrem eröffnenden Beitrag detailliert auf das historische Ringen von europäischer Solidarität und nationalstaatlicher Verantwortung ein. Davon wird sie sicher auch in Ihrem gleich nachfolgenden Vortrag berichten.

Anschließend wird sie sich, gemeinsam mit zwei weiteren Autoren und Autorinnen des Bandes, dem früheren deutschen Außenminister Sigmar Gabriel und der Juristin Professor Anna Katharina Mangold, von der Europa-Universität Flensburg, den Fragen von Martin Klingst stellen.

Wir freuen uns, als Deutsche Nationalstiftung hiermit im dritten Jahr „Berichte zur Lage der Nation“ vorlegen zu können. Gebündelt ergeben die vielseitigen und vielschichtigen Analysen aller acht Beiträge erste, manchmal eher tastende Ausblicke auf eine neue Zeit, die ganz zu verstehen uns allen noch einiges abverlangen dürfte. Dabei eilt es. Schon jetzt feststehende demographische und ökonomische Entwicklungen werden ein Europa, das sich nicht entschieden zusammentut und gemeinsam handelt, an den Rand des globalen Geschehens drängen – und damit einhergehend wohl auch die Werte, die uns lieb und teuer sind, auf deren vorherbestimmte universale Ausbreitung zu vertrauen sich indessen als schwerwiegender Irrtum herausstellen könnte.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT